

Jura



# Studienbuch

herausgegeben von

Prof. Dr. Dagmar Coester-Waltjen, München  
Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen, Münster  
Prof. Dr. Klaus Geppert, Berlin  
Prof. Dr. Philip Kunig, Berlin  
Prof. Dr. Dr. h. c. Harro Otto, Bayreuth  
Prof. Dr. Klaus Schreiber, Bochum

Walter de Gruyter · Berlin · New York

# **Recht der öffentlichen Sachen**

von

**Hans-Jürgen Papier**

**3., neubearbeitete Auflage**



**Walter de Gruyter · Berlin · New York · 1998**

Dr. Hans-Jürgen Papier,  
Universitätsprofessor für Öffentliches Recht  
an der Universität München

⊗ Gedruckt auf säurefreiem Papier,  
das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

**Papier, Hans-Jürgen:**  
Recht der öffentlichen Sachen / von Hans-Jürgen Papier.  
– 3., neubearb. Aufl. – Berlin ; New York : de Gruyter, 1998  
(Jura : Studienbuch)  
ISBN 3-11-015341-6

© Copyright 1998 by Walter de Gruyter GmbH & Co., D-10785 Berlin

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Textkonvertierung: Dörlemann Satz, Lemförde

Druck- und Bindearbeiten: WB-Druck, Rieden

---

## Vorwort

Die doppelte Zuordnung des Rechts der öffentlichen Sachen zum „Allgemeinen“ wie zum „Besonderen Verwaltungsrecht“ hat nicht selten eine zusammenhängende Darstellung dieser Rechtsmaterie verhindert. Mit dem vorliegenden Buch wird demgegenüber versucht, die teilweise recht willkürliche, jedenfalls nicht gerade praxisgerechte Differenzierung nach der Zugehörigkeit zum „Allgemeinen“ oder „Besonderen Verwaltungsrecht“ aufzulockern. Die allgemeinen Institutionen und Grundsätze im Recht der öffentlichen Sachen lassen sich zB ohne Heranziehung des bundes- und landesgesetzlich – teilweise unterschiedlich geregelten – Straßen- und Wasserrechts gar nicht korrekt und praxisnah darstellen. Allgemeingültige, d.h. für alle „öffentlichen Sachen“ geltende Grundsätze, Regeln oder Institutionen gibt es nur wenige. Spezielle Verwaltungsgesetze haben, insb. für die öffentlichen Wege und Gewässer, sich auch der grundsätzlichen Fragen, etwa zum Rechtsstatus, angenommen. Die dort gegebenen Lösungen sind aber nur selten verallgemeinerungsfähig, d.h. auf alle öffentlichen Sachen, auch auf die im „Anstalts“- oder Verwaltungsgebrauch stehenden, übertragbar. Alle diese Umstände legen die hier gewählte „integrierte“ Darstellung äußerst nahe.

Das vorliegende Buch kann damit sowohl dem Pflichtfachstudium des „Allgemeinen Verwaltungsrechts“ als auch dem Wahlfachstudium des „Besonderen Verwaltungsrechts“ (Straßen- und Wegerechts) dienen. Es richtet sich in erster Linie an die Studierenden, und zwar nicht nur als ein Mittel der erstmaligen Erarbeitung des Rechtsstoffes, sondern auch des Repetierens bei der Examensvorbereitung. Sein Niveau ist auf die Examensanforderungen mitausgerichtet. Wegen seiner systematischen Ordnung ist es in erster Linie als Grundlage des Selbststudiums geeignet. Es ist aber Wert darauf gelegt worden, bei praxisrelevanten Fragen kommentarähnliche und deshalb auch zum „Nachschlagen“ geeignete Zusammenstellungen und Übersichten zu geben.

Um dem Leser die Verarbeitung des Stoffes nicht unnötig zu erschweren, ist der Umfang der Literatur- und Rechtsprechungshinweise so gering wie möglich gehalten worden. Diese Hinweise sollen weniger der „Absicherung“ geäußerter Rechtsmeinungen, denn der Erleichterung einer gegebenenfalls erforderlichen Vertiefung dienen. Schaubilder geben gerade dem Anfänger Hilfe beim „Einstieg“ und sollen ihm die Zusammenhänge eröffnen.

Seit dem Erscheinen des 2. Auflage im Jahre 1984 haben sich die Grundstrukturen des Rechts der öffentlichen Sachen, seine geschriebenen und ungeschriebenen Rechtsinstitute zwar nicht verändert, in wichtigen Einzelfragen dieses Rechtsgebietes war indes aufgrund der Recht-

sprechung und gesetzlicher Veränderungen eine Aktualisierung und Ergänzung des Bandes geboten. Dies gilt vornehmlich für den Inhalt des Gemeingebräuchs an öffentlichen Straßen und seine Abgrenzung zur Sondernutzung sowie für den nachbarlichen Rechtsschutz gegenüber Straßenplanungen und Verkehrslärm.

Herrn wissenschaftlichen Assistenten Andreas Dengler danke ich für seine wertvolle Unterstützung bei der Anfertigung des druckfertigen Manuskripts der 3. Auflage.

München, Dezember 1997

Hans-Jürgen Papier

## Inhalt

<b>§ 1 Begriff und Wesen der öffentlichen Sachen . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Der Sachbegriff . . . . .	2
II. Der öffentlich-rechtliche Status . . . . .	3
1. Die Sachen des „Finanzvermögens“ . . . . .	3
2. Entstehung durch Rechtsakt . . . . .	4
3. Verwaltungsrechtlicher Sonderstatus als „dingliche“ Rechtsmacht . . . . .	4
4. Das „öffentliche Eigentum“ . . . . .	5
5. Dualistische Konstruktion des Rechtsstatus . . . . .	9
a) Grundlagen . . . . .	9
b) Die geltende Gesetzeslage . . . . .	10
c) Die Vorteile des dualistischen Systems . . . . .	11
6. Öffentlich-rechtlicher Sonderstatus ohne „Dinglichkeit“ – Das Verhältnis von „Sachen-“ und „Anstaltsrecht“ . . . . .	12
a) Die „öffentliche Einrichtung“ als Sache . . . . .	12
b) Das (Anstalts-)Benutzungsverhältnis . . . . .	13
c) Zusammentreffen von Anstalts- und Sachenrecht . . . . .	13
d) Dingliche Rechtsmacht als unzulässige Fiktion . . . . .	14
e) Der „schuldrechtliche“ Sonderstatus . . . . .	16
<b>§ 2 Die Arten der öffentlichen Sachen . . . . .</b>	<b>17</b>
I. Öffentliche Sachen im Zivilgebrauch . . . . .	17
1. Sachen im Gemeingebräuch . . . . .	17
a) Die öffentlichen Straßen . . . . .	18
aa) Einteilung und gesetzliche Regelung . . . . .	18
bb) Die verschiedenen Nutzungsrechte (Übersicht) . . . . .	19
b) Die öffentlichen Gewässer . . . . .	20
aa) Gesetzliche Grundlagen . . . . .	20
bb) Wasserwegerechtliche und wasserwirtschaftliche Nutzungsrechte . . . . .	21
c) Der Luftraum . . . . .	23
2. Öffentliche Sachen im Sondergebrauch . . . . .	23
a) Die wasserwirtschaftliche Benutzung . . . . .	23
b) Erlaubnis und Bewilligung . . . . .	23
c) Wasserwirtschaftlicher Gemeingebräuch . . . . .	25
d) Das Gewässereigentum . . . . .	25
3. Öffentliche Sachen im „Anstaltsgebrauch“ . . . . .	27
a) Der Anstaltsbegriff . . . . .	27
b) Die verschiedenen Organisationsformen . . . . .	28
c) Organisationsform und Nutzungsstatut . . . . .	28
d) „Öffentliche Einrichtungen“ iS des Kommunalrechts . . . . .	29
aa) Einstufige oder zweistufige Rechtsverhältnisse . . . . .	30
bb) Einwirkungspflicht des Muttergemeinwesens . . . . .	30

cc) Zulassungsanspruch und öffentlich-rechtlicher Sonderstatus . . . . . e) Ordentliche Benutzungen . . . . . f) Sonderbenutzungen . . . . . <b>II. Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch</b> . . . . . <b>III. Die res sacrae</b> . . . . .  <b>§ 3 Entstehung, Inhalt und Beendigung des            öffentlich-rechtlichen Status</b> . . . . .  <b>I. Entstehung einer „öffentlichen Sache“</b> im Rechtssinne . . . . . 1. Rechtsform und Rechtsnatur der Widmung . . . . . a) Widmung durch Rechtssatz . . . . . b) Widmung durch „dinglichen“ Verwaltungsakt . . . . . 2. Öffentliche Sachen im Sondergebrauch . . . . . a) Die politische Planungsentscheidung . . . . . b) Das Planfeststellungsverfahren . . . . . c) Das Enteignungsverfahren . . . . . d) Einbeziehung in besondere Planfeststellungsverfahren . . . . . e) Straßenplanung durch Bebauungsplan . . . . . aa) Anwendungsbereich . . . . . bb) Fiktion einer Widmung . . . . . 3. Widmung bei Sachen im Anstalts- und Verwaltungsgebrauch . . . . . 4. Zulässigkeitsvoraussetzungen einer verwaltungsakts- mäßigen Widmung . . . . . a) Die Verfügungsmacht der Widmungsbehörde . . . . . b) Die Zustimmung des Unterhaltungspflichtigen . . . . . 5. Rechtsfolgen bei fehlerhafter Widmungsverfügung . . . . .  <b>II. Beendigung des öffentlich-rechtlichen            Sonderstatus („Entwidmung“, „Einziehung“)</b> . . . . .  <b>III. Die Änderungsverfügung („Umstufung“)</b> . . . . . 1. Die verschiedenen Straßengruppen . . . . . 2. Eingruppierung, Aufstufung, Abstufung . . . . .  <b>IV. Die Rechtsverhältnisse an öffentlichen Sachen            und die verschiedenen Rechts- und            Funktionsträger</b> . . . . . 1. Der Sacheigentümer . . . . . a) Der Straßeneigentümer . . . . . b) Der Gewässereigentümer . . . . . 2. Der Träger der Bau- und Unterhaltungslast . . . . . a) Die Straßenbaulast . . . . .	31 32 33 34 36  39  39 39 40 43 44 44 46 47 47 48 49 50 51 51 53 54  55  57 57 58  59  59 59 60 62 62
---	--

aa) Inhalt . . . . .	62
bb) Die „Begünstigten“ . . . . .	63
cc) Träger der Straßenbaulast . . . . .	65
b) Die Gewässerunterhaltung . . . . .	67
aa) Inhalt . . . . .	67
bb) Der Unterhaltungspflichtige . . . . .	67
cc) Der Adressat der Unterhaltungspflicht . . . . .	68
3. Die wege- und gewässerherrschaftlichen Funktionen und ihre Träger . . . . .	70
a) Die Rechtslage im Straßenrecht . . . . .	70
b) Die Rechtslage im Wasserrecht . . . . .	72
4. Straßenverkehrsbehörden, Verkehrspolizei . . . . .	72
5. Die beteiligten Behörden beim Planfeststellungs- und Enteignungsverfahren . . . . .	73
a) Aufstellungsbehörde . . . . .	74
b) Anhörungsbehörde . . . . .	74
c) Feststellungsbehörde . . . . .	74
d) Enteignungsrecht – Enteignungsbehörde . . . . .	75
<b>§ 4 Der Gemeingebrauch an öffentlichen Straßen . . . . .</b>	<b>77</b>
I. Eigentum, öffentlich-rechtliche Sachherrschaft, Gemeingebrauch . . . . .	77
II. Eigentumsbeschränkende Funktion der straßenrechtlichen Widmung – Zur Restherrschaft des Eigentümers . . . . .	80
1. Die privatrechtliche Verfügungsbefugnis . . . . .	80
2. Realakte des Eigentümers . . . . .	81
3. Geltendmachung der öffentlich-rechtlichen Sachherrschaft . . . . .	82
4. Herausgabe- und Abwehransprüche des Eigentümers . . . . .	83
5. Sondervorschriften über die Restherrschaft des Eigentümers . . . . .	84
III. Gemeingebrauchsbestimmende und -begrenzende Widmungsfunktion . . . . .	85
1. Grundlagen . . . . .	85
2. Verkehrsgebrauch . . . . .	86
3. Anliegergebrauch . . . . .	87
4. Der ruhende Verkehr . . . . .	91
5. „Zum Zwecke des Verkehrs“ als subjektive Komponente . . . . .	93
a) Die gewerblich-kommerzielle Zweckverfolgung . . . . .	93
b) Politische Information und Werbung . . . . .	95
c) Gemeingebrauch und Kunstausübung . . . . .	99
d) Religiöse / weltanschauliche Information und Werbung . . . . .	100
6. Sonderregelungen durch Satzung . . . . .	101

7. Besondere Gemeingebräuchsschranken . . . . .	102
8. Die zum Gemeingebräuch Berechtigten . . . . .	103
9. Erlaubnisfreie Benutzung . . . . .	103
10. Unentgeltlichkeit? . . . . .	104
11. Gebrauch im Rahmen der Verkehrsvorschriften . . . . .	105
<b>IV. Gemeingebräuch und subjektives</b>	
<b>Öffentliches Recht . . . . .</b>	110
1. Der „schlichte“ Gemeingebräuch . . . . .	110
2. Der Anliegergebrauch . . . . .	112
a) Grundlagen . . . . .	112
b) „Kontakt nach außen“ . . . . .	113
c) Erhaltung der Lagevorteile . . . . .	114
d) Vorübergehende „Kontaktstörungen“ . . . . .	116
e) Gesteigerter Gemeingebräuch . . . . .	118
<b>§ 5 Sondernutzung an öffentlichen Straßen . . . . .</b>	119
<b>I. Grundlagen . . . . .</b>	119
<b>II. Sondernutzungserlaubnis . . . . .</b>	120
1. Voraussetzungen, Formen und Inhalt der Erlaubniserteilung . . . . .	121
2. Benutzungsgebühr . . . . .	123
3. Erlaubnisbehörde . . . . .	123
4. Das Verhältnis zu anderen verwaltungsrechtlichen Erlaubnissen und Genehmigungen . . . . .	124
5. Duldungspflicht des Eigentümers . . . . .	125
6. Der „illegal“ Sondergebrauch . . . . .	125
<b>III. Gestattung des Wegeeigentümers . . . . .</b>	126
1. Anwendungsbereich . . . . .	126
2. Bindungen des Wegeeigentümers . . . . .	128
<b>IV. Sondergebrauch nach „dualistischem System“? . . . . .</b>	128
<b>§ 6 Eigentumsrestherrschaft, Gemeingebräuch und Sondergebrauch im Wasserrecht . . . . .</b>	131
<b>I. Eigentumsbegrenzende Funktion der Widmung . . . . .</b>	131
<b>II. Gemeingebräuchsbegrenzende Funktion der Widmung . . . . .</b>	133
1. Wasserwegerecht . . . . .	133
2. Wasserhaushaltsrecht . . . . .	134
a) Gemeingebräuch . . . . .	134
b) Anlieger- und Hinterliegergebrauch . . . . .	135
3. Wasserwirtschaftliche Sondernutzungen . . . . .	136
a) Die beiden Nutzungsformen . . . . .	136
b) Erlaubnis und Bewilligung – Unterschiede . . . . .	137

---

c) Verhältnis zu anderen verwaltungsrechtlichen Erlaubnissen und Genehmigungen . . . . .	139
d) Ermessen . . . . .	139
e) Spezielle Zulässigkeitsvoraussetzungen für Erlaubnisse und Bewilligungen . . . . .	141
f) Unentgeltlichkeit . . . . .	142
g) Widerruf und Rücknahme . . . . .	143
<b>III. Abstrakter und individueller Gemeingebräuch . . . . .</b>	<b>145</b>
1. Wasserwegerecht . . . . .	145
a) Bedeutung des Schifffahrtsrechts . . . . .	145
b) Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	146
c) Verwaltungskompetenzen . . . . .	147
2. Wasserwirtschaftliche Benutzung . . . . .	147
<b>§ 7 Nachbarrecht . . . . .</b>	<b>149</b>
I. Das private Nachbarschutzrecht . . . . .	149
1. Inhalt . . . . .	149
2. Anwendbarkeit bei öffentlichen Sachen . . . . .	151
II. Das öffentliche Nachbarschutzrecht . . . . .	154
1. Der öffentlich-rechtliche Abwehranspruch des Nachbarn .	154
2. Duldungspflichten des Nachbarn . . . . .	155
3. Kritik an der herrschenden Lehre . . . . .	157
a) Generelle ungeschriebene Duldungspflicht? . . . . .	157
b) Geltung des § 906 BGB im öffentlichen Recht? . . . . .	158
4. Spezielles Nachbarschutzrecht bei Planfeststellungsverfahren . . . . .	160
a) Präklusionswirkung des Planfeststellungsbeschlusses .	160
b) Der Anspruch auf Schutzanlagen und Entschädigung .	161
c) „Enteignend“ wirkende Planfeststellungen . . . . .	165
d) Beeinträchtigungen ohne Kompensationsverpflichtungen . . . . .	166
5. Straßenbau aufgrund Bebauungsplans . . . . .	167
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>171</b>



## Abkürzungsverzeichnis

ABl	Amtsblatt
Abs	Absatz
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz vom 27. Dezember 1993 (BGBl I, 2378)
AG	Aktiengesellschaft
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten vom 5. Februar 1794
Anm	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) idF vom 15. Juli 1985 (BGBl I, 1565)
BauGB	Baugesetzbuch idF vom 27. August 1997 (BGBl I, 2141)
BauNVO	Verordnung über die bauliche Nutzung der Grund- stücke (Baunutzungsverordnung) idF vom 23. Januar 1990 (BGBl I, 132)
BauR	Baurecht (Zeitschrift)
BaWü	Baden-Württemberg
BaWüStrG	Straßengesetz für Baden-Württemberg idF vom 11. Mai 1992 (GBl 330)
Bay	Bayern
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayStrWG	Bayerisches Straßen- und Wegegesetz idF vom 5. Okto- ber 1981 (GVBl 448)
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BayVGH	Verwaltungsgerichtshof für den Freistaat Bayern
BayVwVfG	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz vom 23. De- zember 1976 (BayRS 2010-1-I)
Bd	Band
BerlStrG	Berliner Straßengesetz vom 28. Februar 1985 (GVBl 518)
BerlWG	Berliner Wassergesetz idF vom 3. März 1989 (GVBl 606)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896 (RGBl 195)
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BlMSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkun- gen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschüt-

---

	terungen und ähnliche Vorgänge (Bundesimmissions- schutzgesetz) idF vom 14. Mai 1990 (BGBl I, 880)
BremLStrG	Bremisches Landesstraßengesetz vom 20.12.1976 (GBI 341)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
dens	denselben
ders	derselbe
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche idF vom 21. September 1994 (BGBl I, 2494)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957
EnteignungsG	Enteignungsgesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EVRO Wü	Verwaltungsrechtsordnung für Württemberg – Entwurf eines Gesetzes mit Begründung, Stuttgart 1931
FStrG	Bundesfernstraßengesetz idF vom 19. April 1994 (BGBl I, 854)
GBI	Gesetzblatt
GewArch	Gewerbeamte Archiv
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl 1)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVNW	Gesetz- und Verordnungsblatt für Nordrhein-Westfalen
Hamb	Hamburg
HambWaG	Hamburgisches Wassergesetz vom 20. Juni 1960 (GVBl 335)
HambWG	Hamburgisches Wegegesetz idF vom 22. Januar 1974 (GVBl 41)
Hess	Hessen
HessStrG	Hessisches Straßengesetz vom 9. Oktober 1962 (GVBl 437)
hM	herrschende Meinung
idF	in der Fassung
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung

---

LVerbO	Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen idF vom 14. Juli 1994 (GVNW 657)
LM	Entscheidungen des BGH im Nachschlagewerk des BGH von Lindenmaier-Möhring
LStrG RP	Landesstraßengesetz für Rheinland-Pfalz idF vom 1. August 1977 (GVBl 274)
LuftVG	Luftverkehrsgesetz idF vom 14. Januar 1981 (BGBl I, 61)
LWG	Landeswassergesetz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
MünchKomm	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Nds	Niedersachsen
Nds Rpfl	Niedersächsische Rechtspflege (Zeitschrift)
NdsStrG	Niedersächsisches Straßengesetz idF vom 24. September 1980 (GVBl 359)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG NW	Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz) idF vom 13. Mai 1980 (GVNW 528)
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PBefG	Personenbeförderungsgesetz idF vom 8. August 1990 (BGBl I, 1690)
RdWWi	Das Recht der Wasserwirtschaft
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn	Randnummer
RP	Rheinland-Pfalz
(st) Rspr	(ständige) Rechtsprechung
s	siehe
SaarlStrG	Saarländisches Straßengesetz idF vom 15. Oktober 1977 (Amtsbl 969)
StHG	Staatshaftungsgesetz vom 26. Juni 1981 (BGBl I, 553)
StrReinG NW	Gesetz über die Reinigung öffentlicher Straßen (Straßenreinigungsgesetz Nordrhein-Westfalen) vom 18. Dezember 1975 (GVNW 706)
StrWG NW	Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen idF vom 23. September 1995 (GVNW 1028)
StrWG SH	Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 30. Januar 1979 (GVBl 163)

StVG	Straßenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1952 (BGBl I, 837)
StVO	Straßenverkehrsordnung vom 16. November 1970 (BGBl I, 1565)
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung idF vom 28. September 1988 (BGBl I, 1793)
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGHE	Entscheidungssammlung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs
vgl	vergleiche
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung idF vom 19. März 1991 (BGBl I, 686)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (des Bundes) vom 25. Mai 1976 (BGBl I, 1253)
VwVfG NW	Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Dezember 1976 (GVBl 438)
WaG	Wassergesetz
WaStrG	Bundeswasserstraßengesetz idF vom 23. August 1990 (BGBl I, 1818)
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) idF vom 12. November 1996 (BGBl I, 1695)
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
ZevKiR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht